

PRESSEINFORMATION

Berlin / Hamburg, 15. April 2020

Gemeinsamer Appell von MWV und IWO an die Bundesregierung Den wirtschaftlichen Neustart mit Klimaschutz verbinden

Die anstehende wirtschaftliche Wiederbelebung nach Überwindung der Corona-Krise bietet die Möglichkeit, mit CO₂-reduzierten Kraft- und Brennstoffen für mehr Klimaschutz in den Bereichen Verkehr und Wärme zu sorgen. Darauf verweisen der Mineralölwirtschaftsverband (MWV) in Berlin und das Hamburger Institut für Wärme und Oeltechnik (IWO) in einem gemeinsamen Appell an die Bundesregierung.

„Die Chancen für eine Weichenstellung, die Wirtschaftswachstum und mehr Klimaschutz verbindet, sind nach der Corona-Krise gegeben. Durch das nun notwendige staatliche Engagement kann die erneuerbare Energieerzeugung nicht nur im Stromsektor einen wichtigen Schub erhalten“, erklären MWV-Hauptgeschäftsführer Prof. Dr.-Ing. Christian Küchen und IWO-Geschäftsführer Adrian Willig. „Dazu sollte insbesondere auch die Förderung erneuerbarer Kraft- und Brennstoffe gehören, denn mit diesen lassen sich Impulse für Wirtschaft und Klimaschutz gezielt verbinden.“ Die Bundesregierung sei aufgefordert, die dafür notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen – auch auf europäischer Ebene. Dazu gehöre insbesondere eine kluge und konsequente CO₂-Bepreisung.

Zahlreiche Studien belegen, dass erneuerbare flüssige Energieträger notwendig sind, um die Klimaziele zu erreichen. Dabei handelt es sich zum einen um fortschrittliche Biokraftstoffe und zum anderen um mittels regenerativ erzeugten Stroms hergestellte synthetische Kraft- und Brennstoffe, so genannte Power-to-X- (PtX)-Produkte. Sie schließen die Lücke, die durch Energieeffizienz oder die direkte Nutzung von „grünem“ Strom in Deutschland nicht abgedeckt werden kann. „Daher benötigen wir auch künftig einen technologieoffenen Energiemix, zu dem treibhausgasarme und perspektivisch CO₂-neutrale Kraft- und Brennstoffe zählen“, so Küchen und Willig.

Bis zu 470.000 neue Arbeitsplätze durch PtX

Voraussetzung sei zunächst selbstverständlich, dass die Welt die Corona-Krise in den Griff bekomme. „In der anschließenden Phase des Hochlaufens der industriellen Produktion sollte die Chance genutzt werden, einen wachsenden Markt für erneuerbare Kraft- und Brennstoffe zu schaffen. Das würde sich sowohl für den Klimaschutz als auch für die deutsche Wirtschaft und potenzielle Partnerländer sehr positiv auswirken“, so Küchen und Willig. PtX lasse sich in vielen Weltregionen aufgrund besserer Standortbedingungen für erneuerbare Energien günstiger realisieren als hierzulande. Adrian Willig: „Die heimische Wirtschaft könnte in einem globalen Markt für alternative Kraft- und Brennstoffe die Rolle eines Technologie-, Maschinen- und Anlagenexporteurs

übernehmen. Sie ist hier heute bereits führend.“ Dadurch könnten sich einer Studie von IW Köln/Frontier Economics zufolge hierzulande bis 2050 zusätzliche Wertschöpfungseffekte von jährlich im Schnitt 36,4 Milliarden Euro sowie bis zu 470.000 neue Arbeitsplätze ergeben.

In die wirtschaftliche Wiederbelebung sollte die Bundesregierung daher konkrete Maßnahmen integrieren, die ein verlässliches Umfeld für die Markteinführung synthetischer Kraft- und Brennstoffe schaffen. Nach einem Markthochlauf im Straßenverkehr seien die erneuerbaren Energieträger dann auch in den anderen Sektoren wie Luftfahrt, Schifffahrt, Gebäudebereich und der Industrie nutzbar, so MWV und IWO.

Umstellung von Energiesteuer auf CO₂-Bepreisung

Neben Investitionen in Forschung und Markteinführungsprogramme sowie die Anerkennung regenerativer Brenn- und Kraftstoffe in Regelungen und Gesetzen, gehören auch eine kluge und zukunftsweisende CO₂-Bepreisung zu den notwendigen Rahmenbedingungen, so Küchen. „Dabei kann es in Anbetracht der aktuellen ökonomischen Herausforderungen nicht darum gehen, Kraft- und Brennstoffe einfach zu verteuern. Wir müssen vor allem dafür sorgen, dass ihre Treibhausgasemissionen sinken.“ Dies wäre durch eine konsequente Umgestaltung der Energiesteuern zu einem CO₂-Bepreisungssystem möglich.

Daher sollte sich die Bundesregierung auf EU-Ebene im Rahmen des „Green Deals“ für eine Umstellung der Energiesteuer in eine CO₂-Bepreisung einsetzen. „Das würde zum Beispiel bei Benzin bereits kurzfristig ein kräftiges Preissignal in der Größenordnung von 300 Euro pro Tonne CO₂ ermöglichen, ohne die Verbraucher zusätzlich zu belasten“, so Küchen. Ein solches Modell würde deutliche, auch international sichtbare, Investitionsanreize schaffen und damit einen Markthochlauf erneuerbarer Kraftstoffe unterstützen. „Die Bundesregierung sollte sich zudem für die Anerkennung treibhausgasreduzierter Kraftstoffe im Rahmen der Flottenregulierung stark machen“, fordern Küchen und Willig. Ein Fahrzeug, das mit erneuerbaren Kraftstoffen betrieben wird, dürfe nicht anders behandelt werden als ein Elektrofahrzeug.

Pressekontakte:

Mineralölwirtschaftsverband e.V. (MWV)
Alexander von Gersdorff (Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit)
Georgenstraße 25, 10117 Berlin
Tel. +49 30 202 205-50, Fax +49 30 202 205-55
gersdorff (at) mwv.de; www.mwv.de/presse-uebersicht/

Institut für Wärme und Oeltechnik e. V. (IWO)
Rainer Diederichs (Projektleiter Pressearbeit)
Süderstraße 73 a, 20097 Hamburg
Tel +49 40 235113-884; Fax +49 40 235113-29
Presse (at) iwo.de; www.zukunftsheizen.de/presse